

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummern: Für Anzeigen Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 1. bis 15. März 1.10 Mark, Abholer 1.00 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinstatender 20 Pfennig, die dreispaltige 10 Millimeter breite Reklamezeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsabgabe Zahlung erfolgt. — Für Plagatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 63.

Magdeburg, Freitag den 14. März 1924.

35. Jahrgang.

Vor der Reichstagsauflösung.

Wenn alles gut geht, ist der Reichstag aufgelöst, wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen. Es kann aber auch möglich sein, daß erst 24 Stunden später, also am Freitag, der Reichskanzler der traditionellen roten Mappe das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten entnimmt und von seinem Platz aus verkündet. Jedenfalls steht auf der Tagesordnung des Reichstags für Donnerstag die Beratung der Abänderungsanträge, die von den Parteien zu den Ermächtigungsverordnungen eingebracht sind. Die Beratung will die Regierung verhindern wissen, und falls der Reichstag sich dem nicht fügt, soll er aufgelöst werden.

Aber wie das machen! Die Regierung hat die sie stützenden Parteien gebeten, einen Antrag einzubringen, durch den Übergang zur Tagesordnung über alle eingebrachten Abänderungsanträge verlangt wird. Der Antrag würde angesichts der Haltung der Sozialdemokraten eine Mehrheit nicht finden, und das sollte den Anlaß zur Auflösung bieten. Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei haben aber selbst Abänderungsanträge gestellt. Wenn sie nun selbst beantragen sollen, daß über ihre Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden soll, wie wollen sie vor ihren Wählern begründen, warum sie überhaupt die Anträge gestellt haben? Nur zum Späße? Nur der Agitation halber? Nur wegen der Konkurrenz? Welche Partei will es überhaupt wagen, alles zu verteidigen, was die Regierung sich geleistet hat!

Ein böses Dilemma! Das Kabinett beabsichtigt nun, vor dem Reichstag, ohne die notwendige Zustimmung, festzustellen, daß sich eine Mehrheit für ihren Vorschlag nicht findet, daher eine Zusammenarbeit mit diesem Reichstag nicht mehr möglich und seine Auflösung notwendig geworden ist. Die Sozialdemokratie dürfte sich mit dieser allen parlamentarischen Regeln widersprechenden Absicht nicht abfinden. Vielmehr ist anzunehmen, daß sie einen Antrag im Plenum einbringt, der klare Verhältnisse schafft.

Zimmer noch ungeklärt ist die Frage, wann gewählt werden soll. Die Regierung hat sich — angeblich — auf den 11. Mai festgelegt. Aber diese Regierung hat bewiesen, daß sie so und auch noch ganz anders kann. Das Zentrum tritt für eine mögliche Abföhrung des Wahlkampfes ein, ein Vorschlag, der auch bei andern Parteien Anklang gefunden hat. Auf alle Fälle hat das Reichsinnenministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Wahltermin auf den 12. April, also einen Sonntagabend festsetzt. Die Unternehmer will man durch das gleiche Gesetz verpflichten, ihren Arbeitern und Angestellten die Löhne bzw. Gehälter für diesen Tag zu zahlen. Die Absicht, die Wahlen entgegen der verfassungsmäßigen Bestimmung an einem Werktag vorzunehmen, ist auf den Wunsch zurückzuführen, unter allen Umständen an den Feiertagen nicht zu wählen. Der 13. April, also der erste Sonntag, der bei einer Auflösung am Donnerstag oder Freitag als frühester Wahltermin in Frage käme, ist der Palmsonntag; ihm folgen die Osterfeiertage. Da beide Termine nicht in Frage kommen, dennoch aber früher als von der Regierung vorgesehen gewählt werden soll, ist der Vorschlag entstanden, die Verfassung zu ändern und den Wahltermin durch einen Initiativantrag auf den 12. April festzusetzen.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin dieses Initiativgesetzes, weil es für die Lohn- und Gehaltsempfänger keine Sicherheit für den tatsächlichen Empfang der Löhne und Gehälter bietet. Sie hat infolgedessen am Mittwoch einstimmig beschlossen, dem Initiativantrag, der dem Reichstag zurzeit noch nicht vorliegt, aber wahrscheinlich am Donnerstag eingebracht wird, ihre Zustimmung nicht zu geben.

Außer dem Initiativantrag über die Festsetzung des Wahltermins auf einen Werktag wird beabsichtigt, dem Reichstag einen Antrag zu übermitteln, der für den Fall, daß die Wahlen nicht am 12. April stattfinden, in der Karwoche jede politische Agitation verbietet und jede Uebersetzung mit Geldstrafen bis zu 300 Mark bestraft. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, auch diesen Antrag, der verfassungsändernd ist, abzulehnen. Außerdem sollte sie den Beschluß, den deutschnationalen Antrag auf Neuwahl des Reichspräsidenten am Tage der Reichstagswahlen nicht zuzustimmen. Da sämtliche hier erwähnten Anträge verfassungsändernd sind und ihre Annahme eine qualifizierte Mehrheit voraussetzt, dürfen sie bei vollständiger Anwesenheit der sozialdemokratischen Fraktion sämtlich abgelehnt werden. Beharren die bürger-

lichen Parteien auf ihrem Standpunkt, am Palmsonntag nicht wählen zu lassen, dann werden die Wahlen voraussichtlich erst Anfang Mai vorgenommen.

Mag die Entscheidung fallen wie sie will: die deutschen Sozialdemokraten gehen in diesen schwersten aller Wahlkämpfe, den sie je bestanden haben, mit Zubersticht und heißem Kampfesifer. Sie wissen, was auf dem Spiele steht. Sie wissen, daß es für die Partei nebensächlich ist, ob sie ein Duzend Mandate mehr oder weniger erringt. Sie wissen aber, wie notwendig für das ganze deutsche Volk, für die Zukunft des Reiches eine starke sozialdemokratische Fraktion im neuen Reichstag ist. Bürgerkrieg oder innerer Friede! Gewaltpolitik und Zusammenbruch des Reiches oder Verständigung mit den verständigungsbereiten Ländern und Wiedererrichtung des Reiches! Darüber wird in diesem Wahlkampf entschieden. —

Sitzungsbericht.

Im Reichstag erklärte am Mittwoch vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Düringer (Dt. Rp.), seine Rede vom Montag habe in der Presse manche Mißdeutungen erfahren. Es habe ihm ganz ferngelegen, seinem Fraktionskollegen v. Kaumer einen persönlichen Vorwurf zu machen. Er habe lediglich betont, daß jemand, der der Industrie nahesteht, die Frage der Aufwertung anders ansieht als jemand, der sie vom Standpunkt der Geschäftigen aus betrachtet.

Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Abg. Effer (Ztr.) begründet einen Zentrumsantrag auf Weiterzahlung der sozialen Fürsorgeleistungen im besetzten Gebiet. Reichsfinanzminister Dr. Luther begrüßt den Antrag. Der Antrag Effer wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die

Ausprägung neuer Reichsübermünzen

ist vom Ausschuss dahin geändert worden, daß nur 1-, 2- und 3-Mark-Stücke, nicht aber die ursprünglich auch vorgesehenen 5-Mark-Stücke geprägt werden sollen.

Abg. Dr. Helfferich (Dt.-natl.) hält es für wünschenswert, daß die kleinen Papierheine bald durch Silbergeld ersetzt werden. Es genüge aber die Prägung von 1- und 2-Mark-Stücken. Helfferich beantragt, statt „Goldmark“ zu setzen „Reinensmark“ und die Rentenmark als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären. Die Abgeordneten Dauth (Dt. Rp.), Dr. Dernburg (Dem.) und Reichsfinanzminister Dr. Luther wenden sich gegen die Anträge Doktor Helfferichs.

Abg. Dr. Herz (Soz.) kommt auf das Helfferichsche Roggenwährungsprojekt zurück und wirft dem Abgeordneten Helfferich vor, mit jenem Projekt der Roggenwährung die Nebenabsicht verbunden zu haben, den Roggenpreis ständig möglichst hochzuhalten. Was in offener Feldschlacht nicht erreicht werden konnte, (Unruhe rechts.) Wenn wir zu stabiler Währung gekommen wären, sei es nicht durch, sondern gegen Helfferich geschehen. (Beifall links.) — Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen unter Ablehnung der Anträge Helfferichs, für die nur die deutschnationalen stimmen, angenommen, ebenso die Entscheidung. — Auch in dritter Lesung und in der Gesamtbeschlussung wird die Vorlage angenommen.

Ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten auf

Änderung des Reichswahlgesetzes

in der Fassung vom 6. März 1924 geht dahin, in § 16 vorzuschreiben, daß die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 (statt 20) Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen; doch sollen 20 genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines andern sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet oder der sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will.

Der Antrag wird ohne Aussprache sofort in allen drei Lesungen genehmigt und unbedingter angenommen.

Es folgt in zweiter Beratung des Reichspostfinanzgesetzes. Der bayerische Gesandte v. Preger erklärt, Bayern könne die Vorlage nicht annehmen und werde alle staatsrechtlichen Mittel dagegen anzuwenden.

Gesandter Silbenbrand schlägt sich für Württemberg dieser Erklärung an. Abg. Andre (Ztr.) hält die Vorlage für unbedenklich, nachdem die Post keine Reichszuschüsse mehr erhalten könne. Das Gesetz wolle den wirtschaftlichen, kaufmännischen Geist in die Postverwaltung tragen.

Abg. Steinlopf (Soz.) tritt für die Vorlage ein. Sie dürfe jedoch keineswegs die Einleitung einer Privatisierung der Post bilden. Die Reichsregierung bitte sich um eine Erklärung, ob sie Bayerns Forderungen in bezug auf die Post zugestehen will. Ihre Stellungnahme dazu ist bisher nicht ganz klar geworden. Wenn man Bayern und Württemberg Zugeständnisse macht, kann man Ansprüche anderer Länder nicht zurückweisen. — Die Vorlage wird mit großer Mehrheit in zweiter Beratung angenommen. Die Schlussabstimmung wird auf Freitag vertagt.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Abg. Schulz (Bromberg, Dt.-natl.) begründet dann einen Antrag seiner Freunde, monach unter Änderung des Art. 150 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Neuwahl des Reichstags stattfinden soll. Reichs-

innenminister Dr. Jarres: Nach der Reichsauflösung soll der Reichspräsident dem Reichstag gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen. Er soll dem Parteigetriebe und den Parteikämpfen entrückt werden. Aus diesem Grund ist ersichtlich seine Wahlperiode anders bestimmt als die des Reichstags; er soll auf 7 Jahre, der Reichstag nur auf 4 Jahre gewählt werden. Die Reichsregierung tritt daher, dem von den Abgeordneten Herz und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf die Zustimmung nicht zu geben.

Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Antragsteller und den Abgeordneten Feuermann (Dt. Rp.) abgelehnt.

Nach debattelofer Erledigung der dritten Lesung des Reichstags wird die Schlussabstimmung auf Donnerstag vertagt.

Am 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Vorlage über die Golddiskontbank, die Abstimmung über die von der Regierungsverwaltung gestellten Anträge und eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Neuwahlen beziehen. Ein Antrag will den Abgeordneten bis zu den Neuwahlen freifahrbarien bewilligen. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei will als Termin der Neuwahlen Sonntagabend den 12. April festsetzen, diesen Tag zum öffentlichen Feiertag machen und die Arbeitgeber zur Fortzahlung des Lohnes für den Wahltag verpflichten. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien verlangt für die Karwoche ein Verbot aller politischen und Wahlversammlungen.

Ein kommunistischer Widerspruch gegen die dritte Lesung der Goldbankvorlage findet nicht die nötige Unterstützung. —

Kommerz und Privat.

Die Kommerz- und Privatbank hat sich erhoffte „Verslöße gegen die Devisenverordnung“ zuschulden kommen lassen, die der Volksmund als Devisenstiehlungen bezeichnet. Die Reichsbank sah sich deshalb veranlaßt, die Kreditverkehrsperre gegen die schuldige Firma zu verhängen. Die Kommerz- und Privatbank entschuldigt sich damit, daß ein „Angefallter“ die Scheinbills ohne Wissen der Bank vorgenommen hat. Obwohl dieses Argument von den Wissenden mit Argwohnäueln quittiert wird, hat die Reichsbank von einer Sperrung des Girokontos abgesehen.

Als vor Wochen die Großspekulation unsere Wechselkurs betraummelte und durch künstliche Erzeugung der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln die eben erst erreichte Stabilität bedrohte, griff der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit wohlthuernder Energie durch und entlarvte die Firma Seligmann u. Co., ein altes Bankhaus im Köln am Rhein, als Devisenstiehlern. Seligmann u. Co. standen, wie heute auch Kommerz und Privat, nicht vereinzelt da. Sie befanden sich in zahlreicher guter Gesellschaft. Wir nehmen Seligmann u. Co. auch nur deshalb heraus, weil der Verkauf der Exekutive der Reichsbank gegen Seligmann u. Co. geradezu typisch ist. Seligmann u. Co. hatten einen Angefallten, Specht und Musterknabe, der zum Devisenstiebler und Verbrecher wurde, nur um seinen Arbeitgebern Verlustgewinne zuzuführen. Seligmann u. Co. erklärten sofort, für diesen Musterknaben keine Verantwortung übernehmen zu können. Sie jagten aber nicht, was sie getan hätten, wenn die Scheinbills eben gegliückt wäre. Trotzdem Seligmann u. Co. für ihren Stief, der einem Kunden 100 Mark überbringen soll und sie nach Postoffizienjünglingsmanier unterjückt, hatten, sah sich die Reichsbank infolge des Einwandes von Seligmann u. Co. veranlaßt, die schuldige Firma um Entschuldigung zu bitten und die geschäftlichen Beziehungen mit ihr wieder aufzunehmen. Von einem Verfahren gegen die anderen schuldigen Firmen, die teilweise in Berlin, Breslau, Hamburg usw. ihren Sitz haben, hat die Deffentlichkeit überhaupt nichts gehört.

Die Wendung im Falle Seligmann u. Co. hat die Deffentlichkeit sehr überrascht. Man war allgemein der Ueberszeugung, daß es in der Reichsbank Leute gibt, die sich bemühen, die Bestrebungen des Reichsbankpräsidenten um unsere Währung zu durchkreuzen. Der Fall der Kommerz- und Privatbank ist nun geeignet, diese Auffassung zu stützen. Machen wir uns den Fall dieser Bank einmal klar: Kommerz und Privat schiebt in Devisen, wird überführt und gesteht ihre Schuld vorbehaltlos ein. Die Reichsbank teilt das Faktum durch das offiziöse Nachrichtenbureau mit, verschweigt aber den Namen der Bank. Die Art und Weise, wie der Fall der Kommerz- und Privatbank der Deffentlichkeit verbirgt wurde, hinterläßt den Eindruck, als ob jemand in der Reichsbank nur wider Willen in die Deffentlichkeit ging. Die verblüfften Zuschauer aber — und das ist das deutsche Volk — dürfen der Auffassung sein,

Münchener Lehren.

Daß es mit der Kommerz- und Privatbank nicht so gehen darf wie im Falle Seligmann u. Co. Es geht nicht an, daß man in der Reichsbank so tut, als ob man tun wollte und daß nach acht Tagen alles wieder in Butter schwimmt; denn die Kommerz- und Privatbank ist keine Wechselstube in der Grenobierstraße, sondern ein Bankgigant. Wer bei ihr „in Devisen macht“, als der sogenannte „simple Angestellte“, der die Anordnungen der Bank auf eigene Hand durchkreuzt, ist auch kein Angestellter im gewöhnlichen Sinne, Kommerz und Privat soll doch nur den Namen und den Rang dieses „ungehorzamen“ Angestellten“ öffentlich mitteilen, und wir werden erfahren, daß das Argument der Bank nichts anderes als eine faule Usurbe ist. Im übrigen herrscht doch wohl auch bei der Kommerz- und Privatbank, wie bei allen unsern Großbanken, die Gepflogenheit, im Direktorium jeden Morgen die Tagespositionen gemeinschaftlich zu besprechen. Da das Devisengeschäft der Kommerz- und Privatbank sich immerhin auf Millionen bezieht und an einem Tage nicht weniger als 150 000 Pfund gebauht wurden, ist es ganz undenkbar, daß man dieses Geschäft einem „simplem Angestellten“ ohne jede Kontrolle überläßt. Das weiß die Reichsbank ebenjotat wie wir. Wenn sie nun gegen die Kommerz- und Privatbank Schönmung und Rücksicht zeigt wie gegen Seligmann u. Co., dann kann das deutsche Volk noch blaue Wunder erleben. Wie es um die Moral der Banken im allgemeinen und die kaufmännische Solidität steht, braucht wohl angefaßt der letzten Vorfälle im Bankgewerbe nicht weiter demonstriert zu werden.

In den letzten Tagen machte sich auf dem Devisenmarkt wieder einmal eine auffällig starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar. Der wemmer weiß Bescheid: Die dem Markkurs gnädig bewilligte Schonzeit ist für die Spekulation beendet. Wir drücken uns, wenn wir diese Tatsache konstatieren, noch schonungslos aus, um nicht allzu deutlich zu werden. Diejenigen, auf die es ankommt, werden uns verstehen. Deshalb gehören die „simplem Angestellten“ von Seligmann und Kommerz und Privat mit samt ihren Direktoren hinter die schwebenden Gardinen. Schon deshalb, um des durch Dr. Schmidt erzwungenen Vertrauens der Devisenbank in unser Notensystem nicht wieder aufs Spiel zu setzen. Ueberhaupt scheint es bei uns an der Zeit zu sein, den Charakter der Banken als Devisenbanken aufs genaueste nachzuprüfen. Der Devisenkommissar Sellinger, der man einmal optimistisch als Deviseninspektor bezeichnete, war auch hier ein glatter Verfolger. Man wird wohl am besten tun, wenn man den teuren Apparat nur einmal aufrechterhalten will, einen neuen Mann zu bestellen. Im Rheinland und anderswo werden Wunderdinge erzählt, wie man in Berlin Devisenbank wird. Auch scheint die Sellinger'sche Devisenbankverordnung außerst reformbedürftig zu sein, da alle Mängel, die man für Appel und Ei irgendwo in Skotojchia und Kremen kaufte, doch unmöglich jene Voraussetzungen erfüllen, die man mit Recht an eine Devisenbank knüpft. Wir sind überzeugt, daß der Augustinall schneller auszuweisen ist, wenn unsere Anregungen gebührend berücksichtigt werden. Es gibt eben immer noch eine Unzahl von Banken, die heute noch bei dem „In-Devisen-Machen“ vegetieren und dem soliden Geschäft aus dem Wege gehen. Im übrigen wird angefaßt des Falles der Kommerz- und Privatbank das Fortleben gewisser Kreise verständiglicher, die Börse ganz allgemein möglichst undurchsichtig zu machen, z. B. sind Vertreter großer Zeitungen und Nachrichtenbureaus durch Berliner Vorjensinsamungen mit Hilfe von Vertretern einer stark goldgefärbten Presse zum Besuch der Börse unter Voraussetzungen nicht zugelassen worden, die nicht zutreffen. Die Affäre Seligmann, Kommerz und Privat zeigt, daß eine Unterbindung berechtigter Kritik absolut nicht im Interesse unserer Gesundheit liegt. Eine Abstellung dieses Mangels ist unverzüglich geboten.

Die Verteidiger im Ludendorff-Gitler-Prozess sind zur Generaloffensive übergegangen. Die Kahr, Loffow und Seizer sind nun vernommen, die Partei der Angeklagten ist sich über die Stärke der Gegenseite klar. Die Festung wird berannt.

Den Kahr und noch mehr den Oberst Seizer haben die Verteidiger in schwerstes Kreuzfeuer genommen. Gogel-dicht fallen die Fragen, die zumeist die Antwort schon enthalten, weil man weiß, daß in allen hrenzligen Dingen die angeklagten Zeugen sich hinter das „Amtsgeheimnis“ verstecken oder sich in die nichtöffentliche Sitzung beziehen, weil es die „Staatsicherheit“ erfordere. Ganz offen lassen die Verteidiger erkennen, welche Linie sie einnehmen wollen: die Verfassung, auf die die Angeklagten einen hochverräterischen Angriff unternommen haben, bestand gar nicht mehr. Die Kahr, Loffow und Seizer hatten sie längst gebrochen. Diese drei Männer, die nach außen in Bayern die Staatsgewalt verkörperten, sind selbst des Hochverrats an der Verfassung schuldig. Die Verteidigung hat recht, wenn sie verlangt, daß Kahr, Loffow und Seizer wegen Hochverrats anzuklagen sind, sie ist un Unrecht, wenn sie die Freisprechung der Ludendorff und Gitler fordert. Kahr, Loffow und Seizer waren bestellte Hüter der Verfassung, des Staates. Weil der Hof zum Gärtner gemacht worden ist, hat aber noch nicht jede Geiß das Recht, dem Garten der Geismäßigkeit nach Belieben zu verwüsten.

Der Prozeß vor dem Volksgericht — er ist selbst eine Verletzung der Reichsverfassung — beweist vor allem eins: in Bayern haben die nationalen Männer ein Durcheinander angerichtet, das alle Begriffe von Gesetz und Recht durcheinander gewirbelt hat. Am 6. April sind in Bayern Neuwahlen zum Landtag. Wenn aus diesen Wahlen nicht eine Mehrheit hervorgeht, die imstande ist, für Ordnung in Bayern zu sorgen, dann bleibt nichts als Eingreifen des Reiches übrig. Das Reich kann und darf nicht zusehen, wie von Bayern aus Deutschland im Brand gesteckt wird, und wie groß die Gefahr war und noch ist, lehrt dieser Prozeß und die Art, wie die Angeklagten sich verteidigen.

Oberst Seizer als Zeuge.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Reibhart, die Verhandlung und vernahm sofort den Kommandeur der Landespolizei, Ritter Oberst von Seizer. Seizer, ein hochgewachsener, schlanker Offizier, Ende der 40er Jahre, erscheint mit einer dicken Kissenmappe, der er zahlreiche Aufzeichnungen entnimmt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge, der zunächst unbeeidigt bleibt, seine Aussagen nicht ablehnen dürfe.

Oberst v. Seizer: Ich schide voraus, daß ich meine Aussagen so mache, als ob sie unter Eid erfolgten. Mit der Errichtung des Generalstaatskommissariats wurde ich als Referent von Herrn v. Kahr berufen und hatte die Aufgabe, Verbindung zu halten mit den nationalen Verbänden, da Herr v. Kahr es als seine vornehmste Aufgabe bezeichnete, die nationalen Kräfte zu sammeln und sie in den Dienst des Staates zu stellen, allerdings mit der Forderung, daß alle Verbände sich dem Staat unterwerfen hätten. Es ist falsch, daß hier gesagt worden ist, daß Herr v. Kahr von Anfang an dem Kampfbund feindlich gegenüber gestanden habe. Herr v. Kahr wünschte auch die Mitarbeit des Kampfbundes, stellte aber auch ihm gegenüber das Verlangen der Unterordnung. Der Kampfbund seinerseits erklärte, daß er sich einer nationalen Regierung nur unterordne, wenn diese sich den Wünschen des Kampfbundes füge. Der 1. Mai hatte dem Kampfbund eine empfindliche Niederlage gebracht, und in dem Kopfe dieser Leute war es ruhiger und nüchterner geworden. Dann aber kam der Deutsche Tag in Nürnberg, und es wuchs

der Größenwahn der Leute um Gitler

ins Ungemeine. Gitler, der Mann mit der glänzenden Medaille, ist nach meiner Ansicht dem Weisfall der Menge erlegen. Aus dem einfachen Zwornaler wurde der Mann, der sich anmahnte, die Geschicke des Volkes leiten zu wollen. Wer dem Kampfbund nicht anhängte, war mit seinem Ziele nicht übereinstimmend, der kam in Berlin, separatistisch, papistisch, domus-federalistisch oder gar französisch eingestellt zu sein. Für die Leute vom Kampfbund war

Bayern nur noch die Plattform für ihre wahren Ziele. Wohin diese Ziele gingen, hat Herr v. Boehner einmal bei einer Besprechung verraten, bei der er erklärte: „Bayern ist mir vollkommen wurscht. Ich kümmere mich nur noch um das Reich.“ Darin liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Kampfbund und Herrn v. Kahr, und dieser Unterschied führte auch zur Uneinigkeit über das Ziel. Herr v. Kahr erstrebte

das Reichsdirektorium auf legalem Wege.

Gitler-Ludendorff wollten die Reichsdiktatur mit allen Kampfmitteln erzielen. Es gab für uns nur zwei Wege: Entweder versuchte man, die Bewegung Gitlers in ruhige Bahnen zu lenken, oder man mußte sie bekämpfen. Gitler war für den ersten Weg, da der Kampfbund, besonders die Reichskriegsflagge, Leute umfaßte, die vom besten Geiste befeelt waren. Am 27. September, einen Tag nach seinem Amtsantritt, berief Herr v. Kahr die Führer der Verbände ins Generalkonferenzamt. Es erschienen alle Herren bis auf Gitler und Dr. Weber. An ihrer Stelle erschien der nicht eingeladene Herr v. Scheubner-Richter. Herr v. Kahr war unangenehm berührt und erkaufte, daß man einen Meinungs-austausch im Kampfbund mit ihm ablehnte und in dieser bekannten Sitzung forderte er auch vom Kampfbund die Unterordnung unter den Staat. Alle Organisationsvertreter erklärten sich dazu einverstanden, bis auf den Kampfbund, der einige Stunden später die Erklärung abgab, er lehne v. Kahr ab, weil dieser ernannt worden sei, ohne daß man vorher mit dem Kampfbund Rücksprache genommen habe. Diese Erklärung zeigte deutlich den Größenwahn der Leute im Kampfbund. In Ausführung dieser Aufgabe, Verbindung mit den nationalen Verbänden zu halten, hatte ich zahlreiche Besprechungen mit den Organisationsvertretern. Auf mein Bitten hatte mir Herr v. Kahr Richtlinien gegeben über die Frage:

Wie sieht Bayern zum Reich?

Herr v. Kahr stand auf dem Standpunkte, daß Bayern so, wie 1919 das Reich außer den bayrischen Truppen hier geholfen habe die Ordnung wiederherzustellen, auch Bayern seinerseits alle Kräfte zur Verfügung stellen würde, wenn der Ruf an das Land erginge, im Reich mitzuarbeiten. Herr v. Kahr stand weiter auf dem Standpunkte, daß wir zur Sanierung der Reichspolitik ein Direktorium ohne parlamentarische Hemmungen brauchen. Hierzu sah er einen starken Druck aller Faktoren als gegeben an, und zwar nicht nur der militärischen Faktoren, sondern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Es erschien ihm wichtig, daß ein starkes Reichsdirektorium, das bei der Erfüllung seiner Aufgaben sicherlich auf Widerstand stoßen würde, bestand. Ich hatte zu berichten, daß die Landespolizei gezwungen würde, mit der Waffe in der Hand gegen nationale Männer vorzugehen, was letzten Endes nur die Freude unserer Feinde erregt hätte. Ich habe stets versucht, den Führern der nationalen Verbände deutlich zu sagen, daß die Landespolizei ihre Pflicht unter allen Umständen erfüllen werde, denn eine Truppe, die Ehre im Leibe hat, muß ihre Pflichten ohne Rücksicht auf irgendwelche politischen Strömungen tun. Tut sie das nicht, so ist sie ein wertloser politischer Haufen. Ich habe den Organisationsvertretern gesagt: Tun Sie nichts, meine Herren, was das Eingreifen der Polizei erfordert, denn wir werden unsere Pflicht unbedingt tun, auch wenn es uns noch so schwer fallen sollte.

Mit Gitler hatte ich in den ersten Tagen meines Dienstes eine Besprechung. Ich hielt ihm vor, daß er dem Vaterland keinen Dienst erwiese, wenn er in seinem Verstand heillosen und Herrn v. Kahr bekämpfte, wie das im „Völkischen Beobachter“ bereits geschehen war. Gitler stellte sich auf den komischen Standpunkt, daß Herr v. Kahr an das Parlament, an die Kurie, an die Bayerische Volkspartei gebunden sei. Einzelheiten werde ich in geschlossener Verhandlung ausführen. Ich möchte aber betonen, daß damals also auch von Weber ein gegebenes Wort vorlag. Am 25. Oktober war ich mit

Loffow und Maruz bei Ludendorff

wo wir über die Persönlichkeiten für die Bildung des Direktoriums in Berlin sprachen.

Ludendorff wandte sich scharf gegen einige Namen, sowohl Loffow wie Maruz haben versucht, ihn mäßigend zu beeinflussen und durch ihn auch auf Gitler mäßigend einzuwirken. Ohne daß ich es verlangt habe, gab mir Ludendorff dabei zu meiner Ueberraschung das Verprechen: „Ich werde mich Ihnen gegenüber loyal verhalten und nichts unternehmen, ohne Sie von der Veränderung meiner Haltung vorher zu verständigen.“ Am 25. Oktober fand eine neue Besprechung mit Weber und Gitler statt, in der sich Weber endlich bemühte, zwischen Kahr und Gitler eine Einigung herbeizuführen. Die Besprechung verlief aber ergebnislos. Gitler erklärte, daß Deutschland nur durch eine Diktatur zu retten sei; diese Diktatur müsse von Bayern aus geschaffen werden, da nur hier sich geeignete Männer dazu fänden, und zwar er (Gitler), Ludendorff, Loffow für die Reichswehr und ich (Seizer) für die Polizei. Ich wandte ein, daß Ludendorff außenpolitisch völlig unmöglich sei, daß Loffow in Konflikt mit Seekt stände und daß ich im Norden gänzlich unbekannt sei. Darauf meinte Gitler: „Ludendorff brauche ich, um die Reichswehr zu gewinnen. Kein Soldat schießt auf Ludendorff.“ Ich siehe, wie Egzelleng v. Kahr,

Kleines Feuilleton.

Glasbau.

Unter dieses interessante Thema schreibt Bruno Lutz in der D. V. Z.:

Der hohe Preis des Glases scheint heute die Weiterführung des Glasbaus völlig unmöglich zu machen. Der Beschäftigung im Bauwesen ist aber nicht abzusehen, und es genügt in der Unmöglichkeit möglich gemacht, das Regale ins Kostbare umgewandelt werden. Wenn überhaupt wird, Glas wäre ein teures Material, so wurde im Gegenteil in Griechenland letztes Herbst eines Tages berichtet, daß es bei richtiger Anwendung in Verbindung mit den erdigen Bestandteilen ein sehr billiges Material ist. Und die weitere Folge dieser Erkenntnis würde sein, daß auch seine Verbreitung zu weiterer Entwicklung angetrieben, auf ihre Methoden genauer untersucht und damit verbessert wird. Heute noch stellt dieser Vorgang sehr deutlich im jenseitigen Lande: „Rein Leber und Bier“ in Bezug auf die Unvollständigkeit der. Als er mit seinen ersten Versuchen begann, sah man das Glas für ein billiges Material und verlangte höchstenfalls Spezialgläser. Um die Herstellung des Automobils als eines billigen Gegenstandes heranzuführen, bestreute er zunächst Kammern und gewannen mit ihnen die Frauen. Dies war das Mittel zu seinem Zweck, zu billigen Glasfenstern und anderen Gebrauchsgegenständen für jedermann mit einem ungewöhnlich billigen Preise, so daß heute mit anerkanntem Vorwissen selbst der billigste Arbeiter einen Rest davon hat, um sich ein Haus zu bauen.

Der Fall des jenseitigen Landes zeigt, daß bei jedem Bauwesen ein Glasfenster nicht nur ein Hindernis als das Verhinderung des Lichtes, sondern auch ein Hindernis zu einer billigen, ganz neuen Art der ersten Automobile, und jetzt mehrere Erfindungen haben den Bauwesen der Glasfenster wieder zu einem billigen Hindernis oder zum Hindernis gemacht, wobei die nachfolgende Verbesserung zum Zweck und zum Ziel führt überlegen wird. Im Glasbau in Köln 1914 wurde im allgemeinen die Nutzung der verschiedenen auf- und abwärts gerichteten Strahlen durch die verschiedenen Arten der Glasfenster untersucht und in ihrer praktischen Wirkung einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen; und wichtiger erscheint aber die deutsche Seite der Sache, nämlich die, daß man mit verschiedenen Arten der Glasfenster in allen Formen und Farben die Kunst der Glasfenster in allen Formen und Farben, die es heute in der Welt in allen Ländern von Rom bis nach Japan, Schottland bis zu allen Ländern und ganz Europa die Glasfenster der Kunst, die Kunst und Kunst der

Prüferformen der Gläser so gebracht, und in die Räume gebracht, daß es tatsächlich im Hause nach dem Stand unserer heutigen Technik nur dem Dämmern zu geben braucht, wenn draußen Dämmern ist. Ich möchte hiermit nicht den Anschein der Uebertreibung hervorrufen, sondern nur auf die Wirkung hinweisen, die ein solches Kellerfenster mit Prismengläsern erzeugt, und dann auf die weitere, die entstehen würde, wenn die Außenwände eines Hauses in der Hauptsache daraus bestehen würden und weiterhin auch die Innenwände, so daß ohne jeden Schutzhaften irgendwelcher Art die Lichtstrahlen des Tageslichts bis in das Innere des Hauses hineingelassen würde. Ja, es liegt für gewisse Fälle schon heute die Voraussetzung nahe, selbst die Decken und Wände zum Schutz zu machen und auf diese Weise das ganze Haus zu einem Keller des atmosphärischen Lichts.

Ich möchte damit aber nicht das Verbot der Einstrahlung der Architektur berühren; denn wir haben jetzt allmählich eingesehen, daß die Schönheit der Räume, man könnte fast sagen, eine Nebenbedeutung ist, besonders dann, wenn das Schaffen völlig unbefangenen weitergeführt wird und einfach das bewirkt, was im Jahre der Zeit liegt. Denn wird auch mit der gleichen Unbefangtheit jeder Kompromiß gegen die Glaswand überlassen werden, nämlich die Wärmeleitung und Wärmespeicherung. Durch die elastische Verformbarkeit der Prismenwand nach dem eigenen Gesetz ist es heute schon leicht, auf die notwendige Dämmung Rücksicht zu nehmen, also die direkte Aufwärmung der Sonnenstrahlen im Glase zu vermeiden; es wird aber auch die andere Aufgabe gelöst werden, für welche schon jetzt jeder weitere gewisse Eigenschaften vorliegen, nämlich die, ein Glas zu erzeugen, das die Wärmeleitung und Wärmespeicherung auf ein Minimum zurückzuführen, das mit heute noch völlig unbekannt ist. Dies ist eine wichtige Aufgabe für die Laboratorien der Glasindustrie.

Soll eine neue Zeitrechnung weitergeführt werden, so muß man ihre Zusammenhänge mit dem jenseitigen Zeitalter erkennen und an Stelle der bisherigen Zufälligkeit die Komplexität setzen; denn die Verwendung des Glases nach der eigenen Form, seine bisher geringe Verbreitung der Architektur in der Form der Fenster und Wände ist nur Gelegenheitswerk, es hat keine Verknüpfung mit dem Schönen; eine solche Anwendung muß für sich den Stempel der Verwendung von Material und Arbeit, und zwar nicht bloß im Rahmen selbst, sondern auch in der Konstruktion, weil der Bedarf des Materials in keiner Weise auf einen hohen Grad der Genauigkeit beruht und demnach die Produktion in Folge der unvollkommenen Ausführung eines Produktes erhalten muß. Dieser Zustand muß zu behebigen werden, um zu einer neuen Erzeugung des Glases zu kommen. Sie muß es erreichen durch die deutsche Entwicklung der Regale

der neuern Glasfensterkonstruktionen, wie sie beispielsweise die Luftverbreitungslehre als wichtigste Firma vertritt, und zwar nicht bloß für Deutschland, sondern wegen ihrer Spezialkonstruktionen (Spezialwand und andere) überhaupt.

Die Architekten und das Publikum müssen sich das Bauen mit Glas zu eigen machen; denn man wird sehen, daß es ein Bauen mit Licht ist und daß dieses Bauen nicht bloß schön, sondern auch praktisch und praktisch ist. Heute ist man sich im allgemeinen zu wenig bewußt, wie sehr man überall das Glas umgibt und wie es unser Leben bestimmt; höchstens in Wohnhöfen, Warenhäusern und Fabriken wird es immergenauer augenfällig. Die nähere Heberlegung wird aber zu dieser Erkenntnis führen und diese weiter zum eigentlichen Bauen mit Glas, wovon heute einmal ein wenig Licht die Rede sein sollte.

Konzert.

Ernst Fischer gab am Mittwoch einen Klavierabend. Er spielte zunächst Beethoven's As-Dur-Sonate, der er dann Brahms' Variationen und Fuge über ein händelsches Thema folgen ließ. Anschließend entwickelte sich Fischer mehr nach der virtuellen Seite, wie Beethoven's Sonate zeigte, deren lyrischen Gehalt er keineswegs erschöpfte. Dagegen gab er dem letzten Allegro-Satz ein prägendes Gepräge. Das gleiche war bei Brahms' Werk. Die Fuge war eine ausgezeichnete virtuose Leistung. Das größte Interesse an diesem Abend fanden aber wohl die eignen Kompositionen Fischers, zwei Stücke, die zu den Fantasien gerechnet werden sollen, und drei weitere Klavierstücke, darunter eine „Symphonie-Parodie“. Fischer zeigt sich in diesen Sachen als Opernmoderner, der sich in ungewohnten Kombinationen bewegt, nachdem er jeden antiken harmonischen Glaubenssatz über Bord geworfen hat. Im Stimmungsgelände war alles, was Fischer spielte, grotesk. Seine Parodie hatte Miß. Godeffroy's Balgerastel wurden von ihm sehr schonungslos genommen, Chapin dagegen konventionell. Beifall und Blumen bewiesen, daß der Künstler bei seinem Publikum gebührende Achtung gefunden hatte. G.

Theaterkritik. In den Berliner „Kammerpielen“ ging zum erstenmal Paul Kornfeld's „Palme oder der Gefrankte“ in Szene, im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg ein Drama von Strindberg's Tochter Karin Emirnow: „Mächte“.

Dichter als Ehrenaktoren. Die philosophische Fakultät der Universität Freiburg i. B. hat die Schriftsteller Hermann Düring in Norrach und Emil Strauß in Schlierbach in Anerkennung ihrer Bedeutung für deutsche Dichtung und deutsches Geistesleben in Baden zu Ehrenaktoren ernannt.

auf dem Boden der Auffassung, daß eine Reichsabitatur in München und ihre gewalttätigen Vorkämpfer nach Norden ein wahrer Unfirt war. Was hierüber von Hitler und Dr. Weber ausgelegt worden ist, ist er funden und un w a h r.

Dann hat hier in der Verhandlung meine Reise nach Berlin und meine dortige

Unterredung mit Eggellenz Seckt
eine große Rolle gespielt und man hat darüber ein großes Phantasiegebäude errichtet. Die Unterredung mit Eggellenz v. Seckt erfolgte auf Anweisung des Generalstaatskommissariats und mit Wissen des Ministerpräsidenten v. Brüning. Sie hatte einen rein informativischen Zweck, nämlich die damals in Berlin umgehenden Gerüchte nachdrücklich zu dementieren, wonach mit der Aufstellung des polizeilichen Grenzschutzes an der bairisch-thüringischen Grenze ein Vormarsch auf Berlin eingeleitet werden sollte. Ferner sollte die Unterredung verhüten, daß es zwischen der in Sachsen eingezogenen und in Thüringen gerade einmarschierenden Reichswehr und dem Grenzschutz zu irgendwelchen Zusammenstößen kam. Ich habe in der Unterredung gesagt, daß weder die bairische Regierung noch der Generalstaatskommissar an einen Marsch nach Berlin dächten, und daß alle Gerüchte darüber unrichtig seien. Hitler hat hier ausgesagt, er habe damals betont, wenn nicht bald eine Entscheidung erfolge, dann werde er seine Bindung an den Generalstaatskommissar und an Löffow lösen, und Weber hat beklundet, Hitler hätte noch hinzugefügt: Wenn ich, von Berlin zurückgekehrt, nicht zum Handeln entschlossen sei, dann werde er, Hitler, selbst für den Marsch sorgen. Beide Äußerungen sind frei erfunden und völlig unwahr. Vom Generalstaatskommissariat ist bereits darauf geantwortet worden, daß von einer veränderten Stellungnahme der Herren Löffow und Seitzer nichts bekannt sei. Gleichzeitig gibt aber Hitler durch seine Erklärung zu, daß er schon am 6. November geäußert hatte, daß Marsch, Löffow und Seitzer für den Marsch nach Berlin nicht zu haben waren.

Ich komme dann zu der Besprechung am 6. November. Erster Staatsanwalt (unterbrechend): Ich bitte, darüber nicht in öffentlicher Sitzung zu sprechen.

Seitzer: Ich fasse zusammen: Ich hatte das Versprechen Dr. Webers, das Versprechen Lundenborffs, das wiederholte Versprechen Hitlers. Im Vertrauen darauf habe ich immer wieder versucht, die Bewegung in vernünftigen Bahnen zu halten. (Mit erhobener Stimme): Im Vertrauen darauf sind wir ahnungslos in die hinterlistige Falle gegangen, im Vertrauen darauf sind wir in schändlichster Weise im Bürgerbräu überfallen

worben, im Vertrauen darauf sind die bairischen Minister gefangen und nach der Wohnung des Schwiegeraters Dr. Webers abgeführt worden, desgleichen, der in einem Konflikt seine Pflicht gegenüber der bairischen Regierung vorantstellen wollte. Alles das hat man damit begründet, daß es zur Rettung des Vaterlandes nötig gewesen sei. Diese Rettung war aber nichts als Verzögerung, als it a l l e r S e l b s t m o r d und nutzlose Opfer. Wir hätten uns zur Verfügung stellen können, aber es wäre pflichtverrissen, feia und schändlich von uns gewesen. Es ist hier jetzt Prozeßbeginn immer nur von dem Wortbruch der Herren Marsch, Löffow und Seitzer gesprochen worden, von dem Bruch einer Zusage, die uns durch einen b a n d i t e n m ä ß i g e n U b e r f a l l e r p r e h t worden ist. (Sehr scharf und sehr laut): Davon aber, daß dieser Wortbruch eine Staatsnotwendigkeit war, während auf der andern Seite das hier nicht gegebene Wort gebrochen worden ist, davon hat man sich nicht geäußert. Wenn diese Männer hier vor Gericht stehen, dann tragen die Schuld daran diejenigen, die jenen sinnlosen Ueberfall gemacht haben, die nicht nur ihr eigenes Wort gebrochen, sondern auch das Wort Eggellenz Lundenborffs mißbraucht haben, aber nicht wir, die wir in schwerer Stunde das Vaterland und den Staat gerettet haben. Denn darum ging es. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen des Hitler-Putschs war es klar, daß die

Bildung der nationalen Armee Lundenborffs
die Franzosen, Tschechen und Polen uns auf den Hals heben mußte. Es wäre ein Kampf zwischen Nord und Süd entstanden, eine Spaltung zwischen Reichswehr und Landespolizei, ein Kampf gegen drei Fronten, ohne Flugszeuge, ohne Waffen, ohne Munition, Verpflegung und Nachschub, ohne Schutzmittel gegen die feindlichen Gasen. Wir hätten nicht als opferbereite, begehrteste Männer, die n u r L o s d e n f e i n d l i c h e n M a s c h i n e n und dem feindlichen Gas entgegengeworfen wären. Das Ende vom Liede wäre die Z e r s t ö r u n g d e u t s c h e n L a n d e s gewesen. derjenige, der sich vor Augen hält, daß wir diese Ueberlegungen schon lange vor dem 8. November angestellt hatten, nur der kann erkennen, welche ungeheure Verantwortung und welche ungeheure moralischer Druck damals auf uns lastete. Ich habe mich mit meiner Person auf das heftigste dagegen aufgelehnt, ich habe

den schwersten Kampf meines Lebens
gekämpft, (mit erhobener Stimme:) ich bin stolz darauf, daß ich mein eigenes Ich befreit habe, um meinem Vaterland zu dienen. Denn über jeder Person steht Deutschland! (Große Bewegung im ganzen Saale.)

Seitzer kam dann auf die Vorgänge im Bürgerbräueller zu sprechen. General Lundenborff erklärte: „Ich bin ebenso überrascht wie Sie.“ Alles war an der rührenden Szene zwischen Löffow und Lundenborff hier behauptet worden ist, ist nicht als Unsin. General Lundenborff nutzte auch mir zu, auf Herrn v. Marsch einzureden. Ich habe das nicht getan, denn ich hatte den bestimmten Eindruck, daß

Lundenborff in den ganzen Plan eingeweiht
war und betrachtete ihn von diesem Augenblick an als meinen Gegner, gegen den ich kämpfen mußte, wie gegen Hitler. Nach Marschs Zustimmung sind wir dann in den Saal zurückgegangen. Daß Löffow auch eine Ansprache halten wollte, war keineswegs festgelegt worden. Hitler kam im Saale plötzlich zu mir und sagte sehr bestimmt: „Jetzt reden Sie!“ Ich antwortete ihm: „Ich habe nichts zu reden.“ Da schob mich Hitler mit sanftem Druck nach vorn und ich mußte ein paar Worte sagen. Ich bin somit beim Sprechen durchaus nicht gefangen, aber bei dieser kurzen Rede würgte mich der Ekel so an der Kehle, daß ich kaum ein Wort hervorbringen konnte, der Ekel über das Verhalten von Männern, die ich bisher als Freunde behandelt hatte. Dann ging ich in das Nebenzimmer zurück. Marsch kroch danach, bald fortzukommen und fuhr in das Generalstaatskommissariat. Eggellenz Lundenborff war über die Verständigung der Reichswehr, Verstärkung des Grenzschutzes gegen Seckt und die Bildung der Nationalarmee.

An der weiteren Darstellung des Zeugen sind dann folgende Stellen von besonderer Interesse: Ich vereinbarte mit Löffow, daß er in die Infanterieschule fahren sollte, während ich in meinen Leuten in die Türkenkaserne fuhr. Dort war alles in Ordnung. Ich instruierte Oberst Wanger und ging dann um 12 Uhr in das Generalstaatskommissariat, um Marsch von dort wegzubringen. Im Generalstaatskommissariat sah ich schon viele Leute, die dort nichts zu tun hatten. Es war mir das sehr unangenehm und beklammerte mich in dem Gefühl, Herrn v. Marsch möglichst rasch aus diesem Kreise wegzubringen an einen Ort, wo er mit Sicherheit die volle Freiheit seiner Entschlüsse wieder hätte. Ich ersuchte Marsch, sofort in die Kaserne zu fahren, da wir sonst über kurz oder lang ein zweites Mal festgesetzt würden. Marsch machte sich auch gleich zur Abfahrt fertig. Ueberdies wurde ich aus Telefonen gerufen. Es war Lundenborff, der mich fragte: „Wo ist Löffow?“ Ich antwortete: Löffow ist vermutlich in der Kaserne. Darauf hingieß ich den Hörer sofort ein und brach das Gespräch ab. Lundenborff hat ausgesagt, ich hätte dabei mein Erscheinen im Wehrkreis-Kommando in Aussicht gestellt. Derartiges habe ich nicht gesagt. Ich ging dann hinunter an das Auto. Dort traf ich zwei bis drei Kompanien der Infanterieschule in voller Ausrüstung. Es fand bereits ein heftiger Wortwechsel zwischen meinem Offizier und dem Führer dieser Kompanien statt. Ich mischte mich ein und fragte: „Was wollen Sie denn?“ Der Führer der Infanterieschule erwiderte: „Ich habe Befehl, die Landespolizeiwache hier abzulösen.“

Ich sagte darauf in scharfem Tone: „Wo Landespolizei wacht, haben Sie nichts zu suchen. Die Landespolizei läßt sich von Ihnen nicht ablösen; marschieren Sie sofort ab!“ Darauf entgegnete der Offizier:

„Ich habe Befehl von Lundenborff, das Generalstaatskommissariat, wenn nötig, mit Gewalt zu besetzen.“ Ich erwiderte: „Ich befehle Ihnen, auf der Stelle abzumarschieren. Wenn Sie nicht gehen, wird geschossen!“ Daraufhin wurde der Herr etwas unsicher und marschierte schließlich weg. Diesen Augenblick benutzte ich, jemand zu Marsch zu schicken und ihm mitteilen zu lassen, es sei höchste Zeit. Marsch kam auch und wir fuhrten weg. Auch hierüber wurde in ganz falscher Weise ausgesagt.

Ich möchte auch kurz zurückkommen auf den Vorwurf, daß wir Lundenborff und Hitler nicht rechtzeitig verständigt hätten. Ich hatte nach den Worten Hitlers, Lundenborff sei bereitgestellt und werde sogleich geholt, den Eindruck, daß General Lundenborff von der Sache im Bürgerbräueller vorher unterrichtet war. Ich konnte mir nicht denken, daß ein General Lundenborff sich von einem Hitler sagen läßt: Kommen Sie heute Abend nicht in den Bürgerbräueller, aber halten Sie sich bereit, ohne zu wissen, waszu. Das Verhalten Lundenborffs im Bürgerbräueller hat in mir diesen Eindruck noch verstärkt.

Ueber die militärische Kräfteverteilung in der Nacht jagte Seitzer: Die Truppen sahen auf beiden Seiten fast gleich aus, so daß es bei einem Kampfe während der Nacht

zu schwerem Blutvergießen

gekommen wäre. Hier in diesem Saal ist die Lage wiederholt außerordentlich friedlich dargestellt worden. Sie war aber nicht so friedlich. Ich habe z. B. eine Meldung bekommen von einem Straßfahrer der Landespolizei, der den Wagen des Ministers Schmeber gefahren hat und der unter Eid auszusagen wird, daß er unmittelbar neben Hitler stehend, gehört hat, wie dieser, als der Bericht über die Instimmigkeiten in der Kaserne kam, heftig äußerte: Da kommen zwei Kanonen hin, feste hinein-gesetzt und wenn die ganze Kaserne zum Teufel geht! Das hat mir der Mann dienstlich berichtet. Ich stelle das hier nur fest, um zu zeigen, daß man auf der andern Seite keineswegs nur mit dem Palmwedel demonstrieren wollte. Der direkte Anlaß zum Kampf war tatsächlich jener bewaffnete Demonstrationszug. In diesem Kampf an der Residenz haben die Führer der Landespolizei, Offiziere und Mannschaften ebenso wie die Reichswehr, wenn auch mit schwerstem Herzen, ihre harte Pflicht getan und gezeigt, daß die Truppe das ist, was ich immer von ihr gesagt habe: Kein politischer Haufe, sondern ein fester Verband, der stolz und treu seine Pflicht tut, auch mit blutendem Herzen. Die Opfer, die auf beiden Seiten gefallen sind, sind uns gleich schwer. Aber

der Kampf war uns aufgezwungen.

Wir hatten ihn durchzuführen, ohne Ansehen der Person, für den Staat. Ich muß das besonders hervorheben, weil hier der Staat und seine Träger, für die wir gekämpft haben, auf Grund vielfach unwahrer und entstellter Tatsachen in unerhörter Weise in den Schmutz gezogen wurden, weil hier in diesem Saal, in dem ich selbst meine militärische Jugend verbracht habe, das Offizierkorps von früheren Offizieren der bairischen Armee herabgewürdigt und das Ansehen des Vaterlandes im In- und Ausland schwer geschädigt worden sind.

Damit war Seitzer mit seiner Darstellung zu Ende. Der Staatsanwalt beantragt für die weitere Vernehmung des Zeugen Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verteidigung ersucht um eine kurze Pause.

In der Pause machten sich die Angeklagten mit ihren Verteidigern darüber schlüssig, durch verschiedene sofort abzugebende Erklärungen der Darstellung des Zeugen Seitzer in bestimmten Punkten zu widersprechen. Dieser Entschluß verlor sich zweifellos die Absicht, dem bemerkenswerten Eindruck der Seitzerischen Angaben in der Öffentlichkeit Abbruch zu tun. Solche Erklärungen gaben dann ab: Dr. Weber, Hitler, Koenner und Lundenborff. Auch im Namen der Gesamtverteidigung erklärte Rechtsanwalt Mader den größten Teil der tatsächlichen Behauptungen Seitzers für unrichtig. Hierauf wird Seitzer in geheimer Sitzung vernommen.

In der Nachmittagsitzung wird in der Fragestellung an Kahr fortgefahren. Auch heute ist die Ausbeute der Verteidigung nicht gerade sehr erheblich. Rechtsanwalt Soli: Haben Sie Ende Oktober einem Major Schüller in Würzburg erklärt, es gebe zwei Wege der Verständigung mit Berlin,

einen gütlichen und einen gewalttätigen,

der erste sei aber nicht mehr möglich? — Kahr: Diese Frage hat mit den Vorgängen vom 8. bis 9. November nichts zu tun. Ich muß daher eine Antwort ablehnen. — Vors.: Sie bleiben also dabei, daß Sie den Marsch nach Berlin abgelehnt haben.

Auf eine weitere Frage Soli erklärt, Kahr, Baron von Aufseß sei berechtigt gewesen, für ihn im Generalstaatskommissariat die sogenannte kleine Interdikt zu geben. — Rechtsanwalt Soli: Aufseß hat am 12. Oktober in einer Rede erklärt: Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Und am 20. Oktober hielt er eine Rede im Namen und im Auftrag des Generalstaatskommissars. Er sagte, der Staatskommissar lasse sich entschuldigen. Er hätte keine Zeit, zu kommen, weil er

mit der Lunte vor dem Pulverfaß

siße. Wörtlich sagte dann Aufseß: „Heute Abend 8.30 Uhr erfolgte der Bruch zwischen Bayern und Berlin. Wir sind froh darüber, daß er erfolgt ist. Es heißt für uns nicht „Los von Berlin“, sondern „Auf, nach Berlin!“ Aufseß hat dann weiter gesagt, die Reichsregierung habe Angst. Sie habe den Arbeitsminister Braun nach München in das Generalstaatskommissariat geschickt, um zu vermitteln. Man habe ihm aber bedeutet, daß seine Anwesenheit nicht erwünscht sei, und habe ihm die Tür gewiesen. Wir haben keinen Anlaß, Schrhardt zu verhaften. Auch die Erzbergermörder können ruhig ihrem Beruf in Bayern nachgehen. Man wartet in Norddeutschland nur darauf, daß wir Loschlagen, aber es muß alles vorbereitet sein. Vertreter von Ostpreußen, Mecklenburg, Hamburg und Hannover waren bei uns, die uns volle Unterstützung zugesichert haben.

General Müller in Sachsen

hat seine Truppe aufgestellt und gefragt, wer rechts und wer links sei. Sie wurde dann getrennt in den Kasernen untergebracht. Er selbst hat das Kommando über die rechtsstehenden Truppen übernommen. Die württembergische Reichswehr wurde angeblich zum Schutze der Bevölkerung von Blauen nach Hof beordert. Ich kann aus guter Quelle mitteilen: Diese Truppen waren zuerst zur Abriegelung von Bayern bestimmt. Der württembergische Kommandeur hat uns aber bereits die Zustimmung gegeben, daß er gegen die bairische Reichswehr nicht vorgehen wird. Galten Sie sich bereit, wann in den nächsten Tagen der Aufruf zu den Waffen an alle ergeht.

Rechtsanwalt Soli bemerkt dazu, daß die Verteidigung die Gerechtigkeit dieser Rede durch Duzende von Zeugen beweisen könne. — Kahr: Ich habe selbstverständlich Aufseß keinen Auftrag gegeben, eine Rede über diese Rede zu halten.

Eine weitere Frage Soli betrifft das Verhältnis Kahr's zu dem Führer des Aldeutschen Verbandes, C. A. H. Der Verteidiger will wissen, ob Kahr mit C. A. H. verbunden war durch Vertrag oder durch einen treudutschen Handschlag. — Kahr: Meine Beziehungen sind lose. Was ich mit ihm besprochen habe, hat mit den Vorgängen vom 8. und 9. November nichts zu tun. — Justizrat Schräm: Ist Ihnen bekannt, daß im Laufe des 9. November eine Depesche nach Berlin ging, in der dem General Seckt für die angebotene Reichswehrlieferung gebannt und hinzugefügt wird, daß zur Niederschlagung des Hitler-Putschs nun auch der Fall Löffow befreit sein würde? — Kahr: Ich glaube kaum, daß in dieser Depesche ein solcher Gedanke zum Ausdruck gekommen ist. — Abends 7 1/2 Uhr dauert die Sitzung fort.

Spaltung der Deutschen Volkspartei?

Es gibt keine Partei in Deutschland, die zurzeit nicht von Richtungskämpfen mehr oder minder erschüttert wird. Die Wälfischen sind in so viel Parteien, Bünde, Organisationen und Verbänden zerpflegt, daß ein besonderes Studium dazu gehört, sich in ihren Richtungskämpfen zurechtzufinden.

Die Deutschnationalen haben das völkische Weltbild, das Zentrum hat erleben müssen, daß starke Gruppen entschiedener Republikaner und Demokra aus seinen Reihen geschieden sind und zu einer neuen christlichen Partei sich zukammengeschlossen haben. In der Sozialdemokratie haben die Richtungskämpfe scharfen Ausdruck in Sachsen und Berlin gefunden.

Stark sind auch die Kämpfe in der Deutschen Volkspartei. Die Mißvergnügten, vor allem denen, die nicht wieder aufgestellt wurden, haben sich zu einer besonderen Gruppe innerhalb ihrer Partei zusammengeschlossen um für eine „nationale und antimarxistische Politik“ zu sorgen. An der Spitze stehen M a r e s k y, Q u a a z und Freiherr von L e r s n e r, von denen die „Magdeburgerische Zeitung“ sagt, daß ihre Namen mit „mancher übeln Krife der letzten Jahre verknüpft sind, von denen man aber nie hörte, wenn es galt, Positives zu schaffen“. Zum Sonnabend ist der Hauptvorstand der Volkspartei einberufen, um zu der Neugründung Stellung zu nehmen. Es ist möglich, daß es zur Abspaltung der Maresky-Gruppe kommt, zu der außer den Genannten auch Bögeler und Hugo Stinnes gehören. Die Schwerindustrie nimmt den Kampf gegen Stresemann in seiner eignen Partei auf.

Bei den Kommunisten hat eine böllige innere Revolution stattgefunden, die „linke Opposition“ hat die Brandler, Stöcker, Koenner abgesetzt, weil sie zu schlapp waren, sozialdemokratisch verneht, richtige „Verräter“ seien. Die „Rechte“ und das „Zentrum“ lassen sich die Vorwürfe und die Ablagerung natürlich nicht gefallen und gehen mit allen Mitteln gegen die siegreiche „Linke“ an. Keine andre Partei ist innerlich so zerrissen wie die Kommunisten.

Die Richtungskämpfe in allen Parteien sind ein Ausdruck, eine Auswirkung der ungeheuern Umwälzung, die in den letzten Jahren im deutschen Volke stattgefunden hat.

Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Der Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen befaßte sich am 7. März mit über 50 Petitionen, die meist in Form von Protestschreiben, Resolutionen und Telegrammen, zu einem erheblichen Teile auch mit ausführlichen Begründungen, dem Reichstag zugegangen waren. Sie gingen von allen Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen aus und wandten sich insbesondere gegen die niedrigen Goldrentenätze der Versorgungsberechtigten, gegen die in der Personalabgabenverordnung des Reiches vom 27. Oktober 1923 enthaltenen Bestimmungen, soweit sie die Kriegsbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen betreffen, und gegen die niedrige Abfindungssumme für die Wehrbeschädigten usw.

Der Berichterstatter beantragte, sämtliche Petitionen der Reichsregierung zu überweisen. Meier (Widau) erklärte im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion sich damit einverstanden, brachte aber zum Ausdruck, daß so unzulänglich wie bisher die ungenügende Versorgung der Kriegskopfer nicht bleiben könne. Seine Partei sei nicht in der Lage, die Verantwortung für den bisherigen Zustand länger zu tragen. Er beantragte, daß der Reichstag noch vor seinem Ende wenigstens einen Teil des an den Kriegskopfern begangenen Unrechts wieder gutmache.

Der Antrag Meier fand die Zustimmung des Ausschusses. Durch eine engere Kommission wurde eine Entschlieung formuliert, nach der die Reichsregierung ersucht wird, die Renten der Kriegsbeschädigten, Kriegeshinterbliebenen und jenseitigen Militärrentner zum 1. April 1924 allgemein zu erhöhen und in Anlehnung an die Beamtenbeholdung auch örtliche Sonderzuschläge zu bewilligen. Gleichzeitig soll für alle Gruppen das Verhältnis zur Beamtenbeholdung mindestens so wiederhergestellt werden, wie es bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsverversorgungsgesetz vom 23. 6. 23 bestanden hat. Der Ausschuß hat am Dienstag Bericht der engeren Kommission gebilligt.

Eine weitere sozialdemokratische Anregung, die Abfindungssummen bei Wiederberbeitatungen den jeweiligen Verhältnissen anzupassen, wurde der Regierung zur weiteren Behandlung überwiesen.

Aus der Partei.

Die Entscheidung des Parteivorstands im Berliner Konflikt. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einstimmig entschieden, daß der letzte Berliner Bezirksparteitag zu Unrecht eine Einzelabstimmung über die Reihenfolge der Kandidaten beschloß, nachdem er zuvor mit 255 gegen 216 Stimmen die vom Bezirksvorstand vorgeschlagene Listen als Ganzes angenommen hatte. Demgemäß stellt der Parteivorstand als rechtmäßig beschlossene Listen fest: Berlin: Crispian, Heimann, Böhm-Schuch, Kurfürster, Richard Fischer, Moses, Wäger, Pechlin; für T e l l o t s P e c k o w : Rubel, Eduard Bernstein, Künstler, Rhned, Wödenstein, Heinig, Krille, Holz, Ella Seeger, Reimann.

Depeschen.

Besserung im Ruhrrevier.
W. B. 1 n, 13. März. Die „Rheinische Zeitung“ meldet: Die Kupferhütte in Duisburg, die bisher in beschränktem Umfange arbeitete, wird ihren Betrieb nächste Woche in erweitertem Umfange wieder aufnehmen können. Auch der Vulkan in Duisburg der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. kann den Betrieb durch Anbläsen des dritten Hochofens erweitern.

Zwei Todesurteile.

W. L a n d s b e r g, 13. März. Ueber den Anlaß des Nordes an dem Gegenüber Schütz in dem Fortbezirk Glöcherer Gebüder Waldemar und Karl Schwarz sowie der Landbauer Gebüder Waldemar und Karl Schwarz sowie der Landwirt Karl Lehmann aus Loken zu verurteilen. Die Angeklagten Schwarz führten am 18. Oktober 1923 in den Fortschützbezirk Schneidbrück, um zu wildern. Hier trafen sie mit dem Gegenüber Schütz zusammen, den sie verfolgten, kurz vor dem Fortschütz mit Kolbenhölzern niederschlugen und dann durch einen Schuß töteten. Die Brüder Schwarz wurden vom Gericht zum Tode und 7 Jahren Zuchthaus, der Landwirt Lehmann wegen gewerkschaftlichen Widerstands zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

